

# Auer Tageblatt

## Anzeiger für das Erzgebirge

Befellungen nehmen die Anzeiger und die Anzeiger für das Erzgebirge entgegen. — Erscheint wöchentlich. Preis pro Stück 1 Pf. 50. Anzeiger für das Erzgebirge Nr. 53.

Anzeigerpreise für den Anzeiger für das Erzgebirge Nr. 53. Anzeiger für das Erzgebirge Nr. 53. Anzeiger für das Erzgebirge Nr. 53.

Telegraphische: Erzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Auer. Postfach-Konto: Amt Leipzig Nr. 1000

Nr. 184

Sonntag, den 7. August 1932

27. Jahrgang

# Reichsregierung wartet weiter ab

## Terror-Notverordnung noch nicht verkündet

### Spezialkommissar nach Ostpreußen entsandt

Berlin, 15. Aug. Wie der „Totalanzeiger“ erfährt, hat der Reichskommissar einen Spezialkommissar zur Aufklärung der Terrorakte nach Königsberg entsandt, und zwar ist mit diesem Auftrage der Oberregierungsrat Dr. Diels aus dem preussischen Innenministerium beauftragt worden.

### Die Vorfälle in Königsberg

Königsberg, 5. August. Der am 1. August beabsichtigte Anschlag gegen das Gewerkschaftshaus ist aufgeklärt worden. Die Akten gehen heute der Staatsanwaltschaft zu. Es sind acht Täter, die angegeben, M-Deute vom 12. Sturm zu sein; unter ihnen befindet sich auch der Sturmführer. — Auch eine vollendete und vier versuchte Brandstiftungen am 1. August in Königsberg haben ihre Aufklärung gefunden. Die Akten gehen ebenfalls der Staatsanwaltschaft zu. Festgenommen sind 13 Täter, die angegeben, ebenfalls dem Sturm 12 der M- anzugehören. — In der vergangenen Nacht wurden mehrere Straßenviertel durch die Polizei planmäßig beobachtet. Hierbei erfolgte ein Überfall von etwa 40 Personen auf zwei Beamte in Zivil. Es wurden insgesamt fünf Personen festgenommen, die sämtlich im Besitz von Waffen waren.

### Eine Erklärung des Königsberger Polizeipräsidenten

Königsberg, 5. Aug. Der Königsberger Polizeipräsident hat heute nachstehende Mitteilung an den Spezialberichterstatter des „Matin“ entsandt: Auf Ihr Schreiben vom 4. 8. 1932 erlaube ich mir folgende Beantwortung Ihrer Fragen ergebenst zu übermitteln: Die Inbrandsetzung der Tankstelle und die übrigen Brandstiftungsversuche sind aufgeklärt worden. Die Akten sind heute der Staatsanwaltschaft überliefert worden. Die Täter, soweit sie gefasst haben, erklärt, Mitglieder der M- zu sein. Diese Taten scheinen einheitlich nach einem bestimmten Plan durchgeführt worden zu sein. — Zu den anderen Straftaten erklärt der Polizeipräsident, zur Zeit keine näheren Angaben machen zu können.

### Erlaß des Königsberger Generalstaatsanwalts

Königsberg, 6. August. Der Generalstaatsanwalt hat an die ostpreussischen Staatsanwaltschaften folgende Anweisung erlassen: Trotz wiederholten Verbotes des Waffentragens, trotz eindringlichster Warnung auch von höchsten Regierungsstellen werden immer wieder junge Leute im Besitz von Schusswaffen. Dolchen und dergleichen betroffen. Wohin diese Rübden führen, haben die Ereignisse der letzten Zeit zur Genüge gezeigt. Jedermann weiß heute, daß das Mitführen von Schusswaffen, Dolchen und dergl. verboten ist. Wer in dieser aufgeregten Zeit dieses Verbot übertreibt, tut dies nur in der Absicht, bei sich bietender Gelegenheit von seiner Waffe Gebrauch zu machen. Der Schutz der Bevölkerung ist aber Sache der Polizei, nicht des einzelnen Bürgers, vor allem nicht der jungen rüchellosen Elemente. Wegen diese rücksichtslos einzuerschreiten, ist das Gebot der Stunde. Ich ersuche daher die mit unterstellten Staatsanwaltschaften, diese Gesichtspunkte beim Gericht nachdrücklich zur Geltung zu bringen und gegen die Täter je nach Lage des Falles empfindliche Strafen zu beantragen. Gelinde Geldstrafen können in der jetzigen Zeit als ausreichende Sühne nicht angesehen werden.

### Schüsse und Steinwürfe in ostpreussischen Städten

Königsberg, 5. Aug. In der vergangenen Nacht haben sich in mehreren Städten Ostpreußens Zwischenfälle ereignet, die sich im wesentlichen darauf beschränken, daß Schaufensterhebeln und Scheiben privater Wohnungen durch Steinwürfe zertrümmert wurden. In Bad wurde eine große Schaufensterscheibe der Firma Simberg u. T. durch einen Steinwurf und eine Fensterscheibe der Adler-Apotheke durch eine Stielhandgranate zerstört, die von der Polizei beschlagnahmt wurde. In Rößel wurden zwei Schaufensterscheiben des Geschäfts von Israelst und in Deutsch-Glauch ein Fenster der Ortskrankenkasse ebenfalls durch Steinwürfe zertrümmert. In Rößel wurden gegen 2 Uhr auf ein Haus in der Hindenburgstraße acht Revolvergeschosse abgegeben. Man

vermutet, daß sie der Wohnung eines bekannten Kommunistenführers gegolten haben. Zwei Schüsse durchschlugen das Fenster einer Mietwohnung. Wahrscheinlich ist dieser Feuerüberfall von einem Kraftwagen aus unternommen worden.

### Anschlag auf die Reichsbanknebenstelle Löben

Löben, 5. August. In der Nacht zum Freitag gegen 1.10 Uhr wurde auf die hiesige Reichsbanknebenstelle ein Bombenanschlag verübt. In der Hauptfront Hindenburgstraße wurde an den Pfeilern, die einen Balkon tragen, eine Bombe niedergelegt und zur Entzündung gebracht. Der Sprengkörper explodierte mit lauter Detonation. Der untere Teil des eisernen Pfeilers wurde beschädigt, die Scheiben des großen Fensters zum Kassenraum zertrümmert und durch Splitter in der Betondecke des Kassenraums und des Balkons weitere Beschädigungen angerichtet. Wenige Augenblicke nach der Explosion eilten Passanten und Polizei herbei, die jedoch in den Zugangsstraßen keine verdächtigen Personen gesehen hatten. Die Polizei nimmt daher an, daß die Bombe mit Zeitzündung versehen war.

### Militärische Strafenstreifen in Meinsten

Meinsten, 6. Aug. Vom Standortkommando Meinsten wird mitgeteilt: Um zu verhindern, daß Heeres-

angehörige in die politischen Streitigkeiten hineingezogen werden, gehen auf Veranlassung des Standortältesten bis auf weiteres militärische Strafenstreifen in den Werbstunden durch die Hauptstraßen der Stadt.

### Handgranatenschlag auf den Vorsitzenden der SAJ.

Breslau, 6. August. Heute nacht gegen 1 Uhr wurde auf den Vorsitzenden der Sozialistischen Arbeiterpartei, Rechtsanwalt Dr. Gstein, ein Attentatsversuch unternommen. Von einem vorbeifahrenden Auto aus wurde in das Schlafgemach Dr. Gsteins eine Handgranate geworfen. Nur einem Zufall ist es zu verdanken, daß Dr. Gstein nicht verletzt wurde. Jedoch sind im Zimmer starke Verwüstungen angerichtet worden. Da in den letzten Tagen Drohungen gegen Dr. Gstein bei diesem eintrafen und seine Fenster mit Hakenkreuzen bemalt wurden, vermutet Dr. Gstein, daß der Anschlag von rechtsradikaler Seite herrührt. Die Polizei ist zurzeit an Ort und Stelle, um nähere Ermittlungen anzustellen.

### Verstärkter Polizeidienst in München

München, 5. Aug. Wegen der Ereignisse in der vorletzten Nacht sind gestern abend in zwei Stadtvierteln starke Polizeistreifen eingesetzt worden. Im Westen wurden acht verdächtige Kommunisten, die beim Erscheinen der Polizei geflohen waren, in einem Hause versteckt aufgefunden und verhaftet. In Giesing wurden zehn Kommunisten verhaftet, die im Besitz von Waffen waren.

# Eine traurige Statistik

Berlin, 5. August. Der mit der Führung der Geschäfte des preussischen Innenministers beauftragte Bevollmächtigte des Reichskommissars für Preußen, Dr. Bracht, hat auf Grund der Berichte der einzelnen Regierungspräsidenten eine Statistik der politischen Überfälle und Ausschreitungen aufgestellt, die die Zeit vom 1. Juni bis 20. Juli und sämtliche preussischen Gebietsteile außer Berlin umfaßt.

Nach dieser Aufstellung sind in der angegebenen Zeit insgesamt 820 politische Überfälle erfolgt, die 72 Todesopfer gefordert haben. 487 Personen wurden dabei schwer verletzt. Auf Grund der polizeilichen Ermittlungen waren in 208 Fällen davon die Angreifer Kommunisten, in 76 Fällen Nationalsozialisten, in 21 Fällen Reichsbannerleute. In 23 Fällen konnte die Schuldfrage durch die polizeilichen Ermittlungen nicht geklärt werden. Für diese Statistik lagen u. a. auch Berichte der Regierungspräsidenten vor dem 15. Juli zugrunde, also vor dem Regimewechsel in Preußen. — Was die blutigen Vorfälle in Königsberg anbelangt, so kann außer dem bereits mitgeteilten Untersuchungsergebnis wegen des Anschlages auf das Gewerkschaftshaus und der Brandstiftungen in Königsberg-Rathoff über den Stand der Ermittlungen in den anderen Fällen im Interesse der Untersuchung vorläufig nichts gesagt werden. Ueber die Ausschreitungen in Schleswig-Holstein hat der Reichsregierungspräsident einen eingehenden Bericht an das preussische Innenministerium gefandt, in dem die einzelnen Fälle von den Autonomen Überfällen an aufgeführt werden. Der Regierungspräsident sieht als Ursache dieser Ausschreitungen einerseits die Verhetzung durch die kommunistischen Führer und

Presse und andererseits die Tatsache, daß zweifellos eine Reihe jüngerer SA- und SS-Leute sich nicht in der Hand ihrer Führer befinden. Angesichts der ständigen politischen Ausschreitungen macht der Bevollmächtigte des Reichskommissars, Dr. Bracht, erneut darauf aufmerksam, daß er alle Maßnahmen ergreifen wird, die geeignet sind, Leben und Sicherheit zu schützen und daß er unter rücksichtslos gegen alle Schuldigen rücksichtslos vorgehen wird, ganz gleich, ob sie im rechten oder linken politischen Lager stehen.

In dieser traurigen Statistik sind, wie aus der vorstehenden Meldung aus Berlin schon angeführt ist, die zahllosen und opferreichen Zusammenstöße, für die Berlin der Schauplatz war, noch nicht einbezogen, und da sie nur die Zeit bis zum 20. Juli erfaßt, sind auch die Vorfälle, die sich in den letzten Tagen in Preußen und besonders im Osten abgeheft haben, nicht mit aufgeführt, obwohl von ihnen das Bild, das man angesichts der Statistik gewinnt, noch bezeichnender für die Zustände sein würde, mit denen man es in Deutschland zu tun hat. Hier sprechen nur Zahlen. Aber sie sagen genug und müssen es mehr noch als bisher unerträglich erscheinen lassen, daß die Regierung nicht den Mut findet, ohne Unterschied der Parteifarbe gegen den Terror mit den radikal unterbindenden Mitteln vorzugehen und die Sicherheit von Ruhe und Ordnung zu garantieren.

# Tarifrecht und Schlichtungswesen

## Die Pläne des Reichsarbeitsministeriums

Berlin, 5. Aug. Das Reichsarbeitsministerium ist, wie verlautet, augenblicklich damit beschäftigt, weitreichende Maßnahmen auf dem Gebiete des Schlichtungswesens vorzubereiten. Die Pläne sollen auf eine Einschränkung der staatlichen Schlichtungstätigkeit und eine teilweise Durchbrechung des Tarifrechtes hinauslaufen. Es besteht, so heißt es, die Absicht, das Tarifvertragswesen so weit aufzulockern, daß einzelne Betriebe aus einem Tarif aussteigen und nach niedrigeren Sätzen entlohnen können, wenn ihre wirtschaftliche Lage es notwendig macht. Außerdem soll von der Verbindlichkeitsklärung nur in den alleräußersten Fällen Gebrauch gemacht werden.

## Besprechungen über die Hilfspolizeifrage

Berlin, 5. August. Beim Reichsminister des Innern fand heute eine Besprechung mit den Ministerpräsidenten von Oldenburg und Mecklenburg-Schwerin und dem braunschweigischen Innenminister über die in der Presse erörterte Auffassung von Hilfspolizei statt. Die Besprechung ergab, daß es sich in den An-

bern im wesentlichen um Ueberlegungen handelt, wie die Ruhe und Sicherheit im Bedarfsfalle aufrecht erhalten werden kann. Soweit schon Schritte zur Verstärkung der Polizei getan sind, handelt es sich um vorübergehende Maßnahmen, die in Kürze wieder aufgehoben werden.

## Wird Hitler Reichskanzler?

Berlin, 5. Aug. Die verschiedenen Gerüchte und Kombinationen über die politischen Forderungen der Nationalsozialisten hinsichtlich der Regierungsbildung verbieten sich immer mehr. Die grundsätzliche nationalsozialistische Forderung geht offenbar dahin, die maßgebende politische Führung im Reichskabinett zu erhalten. Mit anderen Worten: die Nationalsozialisten verlangen das Kanzleramt, und zwar für Adolf Hitler selbst, und das Reichsinnenministerium für Gregor Strasser. Alle anderen Ministerien sollen wie bisher, da sie unpolitisch sind, von tüchtigen Fachleuten geleitet werden. Als ausgesprochen politisch gelten noch die Posten des Staatssekretärs der Reichskanzlei und des Reichspressescheffs. Auch diese beiden Ämter beanspruchen die Nationalsozialisten für sich. Es bleibt nur abzuwarten, wie weit der Reichskanzler auf diese Forderungen der Nationalsozialisten eingehen wird.